

Gliederung

1. Teil: Einleitung	9
A. Schwächen der bisherigen Revitalisierungsansätze.....	12
B. Wesensmerkmale eines BID	13
I. Herkunft	13
II. Begriffsklärung	15
III. Zusammenfassung.....	17
C. Die Wandlung des Staatsverständnisses	18
I. Allgemeine Erwägungen.....	18
II. Das Steuerungsinstrument Recht im Wandel	22
III. Public Private Partnership.....	25
IV. Zusammenfassung.....	27
D. Überblick über bereits bestehende BID-Modelle in den einzelnen Bundesländern.....	27
E. Ziel der Arbeit.....	31
F. Aufbau der Arbeit.....	34
2. Teil: Der Aufgabenträger und die Aufgabe.....	36
A. Der Aufgabenträger und die Finanzierung.....	36
I. Privatrechtliche Organisationsform	37
1. Privatrechtlicher Aufgabenträger.....	37
2. Die Finanzierung.....	39
II. Öffentlich-rechtliche Organisationsform	39
1. Die BID-Körperschaft des öffentlichen Rechts.....	39
2. Die BID-Anstalt des öffentlichen Rechts	41
B. Die Einordnung der Aufgaben	43
3. Teil: Die Verantwortungsbeziehungen zwischen Gemeinde und Aufgabenträger	47
A. Die Einordnung in die Privatisierungsdiskussion	48

I.	Der Begriff „Privatisierung“	49
II.	Die Aufgabenprivatisierung.....	50
III.	Die Funktionale/Funktionelle Privatisierung.....	51
1.	Begriffsklärung	51
2.	Das Modell abgestufter Verantwortungsintensität	52
a)	Die Erfüllungsverantwortung	54
b)	Die Gewährleistungsverantwortung	54
c)	Die Auffangverantwortung.....	54
IV.	Die formelle und materielle Privatisierung.....	55
1.	Die formelle Privatisierung.....	55
2.	Die materielle Privatisierung	56
V.	Zusammenfassung.....	57
B.	Die Möglichkeit der Wahrnehmung der Aufgaben durch den Aufgabenträger vor dem Hintergrund der kommunalen Selbstverwaltung, Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG, Art. 78 Abs. 2 LVerfNW	57
I.	Die Selbstverwaltungspflicht der Kommune	58
1.	Ansätze in der Rechtsprechung und Literatur	59
2.	Eigene Stellungnahme	60
a)	Verpflichtendes Moment des Selbstverwaltungsrechts und dessen Reichweite.....	60
b)	Die Grenzen der Aufgabenwahrnehmung durch den Aufgabenträger unter Berücksichtigung der Besonderheiten des BID-Modells.....	63
II.	Zusammenfassung.....	64
III.	Möglichkeiten der Verantwortungssicherung.....	64
C.	Zwischenergebnis.....	66
4. Teil:	Das Demokratieprinzip und seine Anforderungen.....	67
A.	Die demokratische Legitimation der Verwaltung.....	67
B.	Die Formen demokratischer Legitimation	68
I.	Die organisatorisch-personelle demokratische Legitimation	69
II.	Die Sachlich-inhaltliche demokratische Legitimation.....	69
III.	Das Verhältnis der Legitimationsformen untereinander	70
C.	Die Ausübung von „Staatsgewalt“ als das demokratische Legitimation auslösende Element	70
I.	Die Fähigkeit des Staats zur „Privatheit“	71

II. Die Qualität des Handelns.....	73
III. Der Einsatz von Geldmitteln als Ausübung von Staatsgewalt.....	73
IV. Handeln mit Entscheidungscharakter	76
D. Das Demokratieprinzip im Privatisierungsgefüge	77
I. Demokratische Legitimation und funktionale Privatisierung.....	78
II. Die Ingerenzpflicht als sachlich-inhaltliches Element des demokratischen Legitimationsniveaus.....	79
III. Die Sicherung der organisatorisch-personellen Legitimation	81
1. Die Überlegungen von Fisahn/Viotto – Die Formalisierung des informalen Rechtsstaats	83
a) Die Ausgangsüberlegungen.....	83
b) Stellungnahme.....	85
2. Die Kritik am strikten Erfordernis der organisatorisch- personellen Legitimation	86
3. Die Wasserverbandsentscheidung des Bundesverfassungs- gerichts, BVerfGE 107, 59 ff. vom 5. Dezember 2002 – 2 BvL 6/98	88
4. Die Übertragbarkeit der Argumentation des Bundesverfassungs- gerichts BVerfGE 107,59 ff. auf die BID-Konzeption.....	91
E. Zusammenfassung und Auswirkungen auf die organisatorische Ausgestaltung	91
F. Die Legitimationssicherung bei der körperschaftlichen Ausgestaltung	95
5. Teil: Die BID-Abgabe.....	96
A. Die „haushaltsrechtliche“ Lösung.....	96
I. Die BID-Abgabe als Steuer.....	97
1. Hoheitliche Auferlegung von Geldleistungen	98
2. Auferlegung durch ein öffentlich-rechtliches Gemeinwesen	98
3. Erzielung von Einnahmen.....	99
4. Endgültige Erzielung	100
5. Zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs.....	101
a) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Abgrenzung der Steuer von der Sonderabgabe	103
b) Abgrenzungsversuche in der Literatur.....	104
c) Eigene Stellungnahme und Einordnung	105

II. Die BID-Abgabe als nichtsteuerliche Abgabe.....	108
1. Vorzugslast.....	109
a) Die BID-Abgabe als Gebühr.....	109
b) Die BID-Abgabe als Beitrag.....	110
2. Zwischenergebnis	111
3. Sonderabgabe	112
a) Die verfassungsrechtliche Problemlage der Sonderabgabe.....	112
b) Die Kriterien des Bundesverfassungsgerichts	114
c) Das Erfordernis der Homogenität der betroffenen Gruppe .	115
aa) Die Gewerbetreibenden als homogene Gruppe.....	117
bb) Die Grundeigentümer als homogene Gruppe	117
d) Sachnähe/ Finanzierungsverantwortung.....	119
e) Gruppennützige Verwendung	121
f) Periodisch wiederkehrende Legitimation	122
4. Zwischenergebnis	123
5. Bezugspunkte für die Berechnung der Abgabe	123
6. Notwendigkeit eines „abgestuften Abgabensystems“ vor dem Hintergrund des allgemeinen Gleichheitssatzes	125
III. Zwischenergebnis.....	132
B. Die zwangsmitgliedschaftliche Lösung	132

6. Teil: Die vergaberechtlichen Anforderungen an das BID-Konzept..... 134

A. Rechtsquellen und Systematik des Vergaberechts	135
I. Europäische Regelungen.....	135
1. Primärrechtliche Regelungen.....	135
2. Sekundärrechtliche Regelungen	136
II. Nationale Regelungen	138
III. Die Zweiteilung des Vergaberechts aufgrund der Schwellenwerte	140
B. Der persönliche Anwendungsbereich	141
I. Das Verhältnis zwischen Gemeinde und Aufgabenträger	142
II. Das Verhältnis zwischen Aufgabenträger und Dritten	142
1. Der Anhang III der Vergabekoordinierungsrichtlinie	143
2. Die Rechtspersönlichkeit	144
3. Der besondere Gründungszweck	145

a)	Die Ansichten der europäischen Kommission und des europäischen Gerichtshofs	146
b)	Die Literaturmeinungen	147
c)	Die „Infizierungstheorie“ des europäischen Gerichtshofs... ..	148
d)	Eigene Stellungnahme und Beurteilung des BID-Konzepts	148
4.	Aufgaben nichtgewerblicher Art	150
5.	Das Kriterium der Staatsgebundenheit	152
a)	Die Aufsicht über die Leitung	152
b)	Die überwiegende Finanzierung	154
aa)	Der Wortlaut der Übersetzungen der Vergabekoordinierungsrichtlinie in den Mitgliedsstaaten	155
bb)	Teleologische Auslegung.....	155
6.	Zwischenergebnis	156
C.	Der sachliche Anwendungsbereich.....	157
I.	Das Vorliegen eines entgeltlichen Vertrags und dessen Beschaffungscharakter	157
II.	Zwischenergebnis.....	162
D.	Die Besonderheiten der öffentlich-rechtlichen Ausgestaltung	163

7. Teil: Die beihilferechtlichen Anforderungen an das BID-Konzept..... 164

A.	Das Beihilfeverbot des Art. 87 Abs. 1 EG.....	165
B.	Das Vorliegen einer Begünstigung	167
I.	Der “private reasonable investor-test”	168
II.	Das Vorliegen einer Begünstigung für den Aufgabenträger	169
1.	Die europäische Rechtsprechung zur Kompensation bei Erfüllung von öffentlichen Aufgaben	171
a)	Die Rechtssache C-240/83 - „ADBHU“	171
b)	Die Rechtssachen C-387/92 - „Banco Exterior des Espana“, T-613/97 – „SFEI“, T-46/97 – „SIC“, C-174/97 – „FFSA“ und C-332/98 – „CELF“	172
c)	Die Rechtssache C-53/00 – „Ferring/ACOSS“	173
d)	Die Rechtssache C-280/00 – „Altmark Trans“	174
e)	Die Rechtssache C-126/01 – „GEMO“ und die verbundenen Rechtssachen C-34/01 bis C-38/01 – „Enirisorse“	176
2.	Die Ansicht der Kommission.....	177
3.	Zwischenbilanz	178

a) Tatbestandslösung.....	179
b) Beihilfөлösung	179
c) Vermittelnder Ansatz.....	180
4. Stellungnahme und Beurteilung der Zuwendung an den Aufgabenträger.....	180
III. Das Vorliegen einer Begünstigung für die Grundeigentümer	185
C. Die Zurechnung der Zuwendung zum Staat	186
I. Die institutionelle Zurechenbarkeit.....	186
II. Die finanzielle Zurechenbarkeit.....	188
1. Die Festsetzung des Innovationsbereichs und der Abschluss des Vertrages.....	188
2. Die Durchführung der Aufwertungsmaßnahmen durch den Aufgabenträger.....	190
a) Die Rechtssache C-345/02 – Pearle.....	191
b) Die Beurteilung des BID-Modells	192
D. Zusammenfassung	193

**8 Teil: Die Vereinbarkeit der BID-Konzeption mit ausgewählten
Grundrechten 195**

A. Die Vereinbarkeit mit Art. 14 Abs. 1 GG	195
B. Die Vereinbarkeit mit Art. 12 Abs. 1 GG	197
C. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.....	198
I. Das Steuergeheimnis des § 30 AO als einfach-gesetzliche Konkretisierung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung gemäß Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG...	199
II. Der Eingriff	200
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung ²⁰¹	
1. Die Übertragung der „Sphärentheorie“ auf das informationelle Selbstbestimmungsrecht als Grundlage des Steuer- geheimnisses	201
2. § 30 Abs. 4 Nr. 1 AO	203
3. § 30 Abs. 4 Nr. 2 AO	203
a) Der Geltungsrang des einschränkenden Gesetzes	204
b) Ausdrücklichkeit der Offenbarungsbefugnis.....	205
c) Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.....	205

D. Die Zulässigkeit der Zwangsmitgliedschaft in einer BID-Körperschaft des öffentlichen Rechts	206
I. Einführung.....	206
II. Die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts	207
III. Die Fragwürdigkeit des Umkehrschlusses der herrschenden Meinung und die Schrankenbestimmung.....	208
IV. Die einzelnen Zulässigkeitskriterien des Bundesverfassungsgerichts	210
1. Die legitime öffentliche Aufgabe in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	211
2. Die Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	212
a) Die Geeignetheit	213
b) Die Erforderlichkeit	213
c) Die Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne.....	214
9. Teil: Zusammenfassung der Ergebnisse	216
Literaturverzeichnis	226